

**Anträge für die Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 02. Februar 2026**

Lfd. Nr.	Gegenstand	Eingangsdatum	zust. Ausschuss	Zuständige/s Amt /Ämter
Anträge				
01	Antrag des Ausländerbeirates: Schaffung eines Ortes zur Pflanzung eines Gedenkbaumes für die eritreische Gemeinschaft	2025-11-13	SKA	41
02	Antrag der AfD-Fraktion: Überprüfung der Vereinbarkeit des Vereins „Fulda stellt sich quer e.V.“ in der „Partnerschaft für Demokratie“	2025-12-23	SFA	51



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 13. Nov. 2025

FULDA
UNSERE STADT

STADT FULDA
AUSLÄNDERBEIRAT

Der Magistrat der Stadt Fulda · Postfach 20 52 · 36010 Fulda

Abteilung: Ausländerbeirat der Stadt Fulda
Geschäftsstelle des Ausländer-
beirats
Telefon: 0661 102-1909
Telefax: 0661 102-2196
E-Mail: Elena.Martou@fulda.de
Unser Zeichen: 51
Gebäude: Behördenhaus am Schlossgarten
Heinrich-von-Bibra-Platz 5-9
(Eingang Kurfürstenstraße)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Fulda, 12.11.2025

Antrag auf Schaffung eines Ortes zur Pflanzung eines Gedenkbaumes für die eritreische Gemeinschaft

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der Ausländerbeirat der Stadt Fulda beantragt, dass im Stadtgebiet Fuldas, vorzugsweise am Auweiher, ein Ort geschaffen wird, an dem die eritreische Gemeinschaft in Fulda einen Baum zum eritreischen Märtyrertag, dem 20. Juni, pflanzen kann.

Dieser Tag ist für die eritreische Gemeinschaft weltweit von besonderer Bedeutung, da an diesem Tag den zahlreichen Gefallenen der eritreischen Unabhängigkeits- und Souveränitätsbestrebungen gedacht wird. Hierbei handelte es sich um die Unabhängigkeit von Äthiopien, die viele Opfer forderte. Außerdem soll dieser Baum als Symbol für das Streben nach Demokratie stehen.

Die eritreische Gemeinschaft wird, sollte ein Platz gefunden werden, diesen Baum sowohl auf eigene Kosten anschaffen als auch selbst einpflanzen. Dort möchte sie sich versammeln und der obengenannten Ereignisse und deren Opfer gedenken.

Der Ausländerbeirat bittet die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag an die Fraktionen weiterzuleiten und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, um eine Entscheidung in dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen


Abdülkerim Demir

Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Fulda

Antrag der AfD-Fraktion



AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

21.12.2025

Überprüfung der Vereinbarkeit des Vereins „Fulda stellt sich quer e. V.“ in der „Partnerschaft für Demokratie“

Vorbemerkungen:

Die „Partnerschaft für Demokratie“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ verfolgt das Ziel, demokratische Grundwerte, Meinungsvielfalt, Pluralismus sowie die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft zu stärken. Geförderte Träger und Vereine müssen diese Grundprinzipien nicht nur formal, sondern auch in ihrem öffentlichen Auftreten und in der Haltung ihrer verantwortlichen Repräsentanten tragen.

Die Stadt Fulda beteiligt sich an diesem Programm und arbeitet hierbei mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen, darunter der Verein „Fulda stellt sich quer e. V.“.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. **Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob der Verein „Fulda stellt sich quer e. V.“ unter Berücksichtigung der öffentlichen Äußerungen seines Vorsitzenden Andreas Görke weiterhin die Voraussetzungen erfüllt, Teil der Fuldaer „Partnerschaft für Demokratie“ zu sein.**
2. **Gegenstand der Prüfung sollen insbesondere sein:**
 - das öffentliche Demokratie- und Meinungsfreiheitsverständnis maßgeblicher Vereinsvertreter,
 - der Umgang mit demokratisch legitimierten Mandatsträgern,
 - sowie die Vereinbarkeit öffentlicher Forderungen nach redaktioneller Einschränkung oder „Einordnung“ politischer Aussagen gewählter Abgeordneter mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.
3. **Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung das Prüfergebnis einschließlich einer Bewertung möglicher Konsequenzen für die weitere Zusammenarbeit im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie“ vor.**

Begründung

Demokratie lebt vom offenen, auch kontroversen Meinungsstreit. Dazu gehört ausdrücklich, dass gewählte Abgeordnete ihre politischen Positionen frei äußern können und diese durch Presseorgane ohne politische Vorfilterung oder moralische „Einordnungen wiedergegeben werden.

So äußerten sich die beiden Fuldaer Abgeordneten Thomas Hering und Pierre Lamely nach den Ausschreitungen in Gießen wie folgt in der Fuldaer Zeitung:

Standpunkte

„MERZ VERSCHLEIERT DIE REALITÄT“



Der Fuldaer AfD-Bundestagsabgeordnete **Pierre Lamely** weist die Einordnung von Bundeskanzler Friedrich Merz zur Gewalteskalation rund um den Gründungsparteitag der „Generation Deutschland“ in Gießen deutlich zurück. Lamely war in Gießen persönlich vor Ort und erlebte die Gewalteskalation hautnah. „Innenminister der etablierten Parteien und all jene, die mit Brandmauer-Rhetorik und ständigen Nazi-Vergleichen den gesellschaftlichen Konflikt befeuern, tragen politische Mitverantwortung für diese linksextreme Gewalt. Auch Teile der Medien spielen eine unrühmliche Rolle“, sagt Lamely und fügt hinzu: „Wenn der Kanzler von ‚beiden Seiten‘ spricht, verschleiert er bewusst die Realität. Diese Formulierung konstruiert eine moralische Symmetrie, die es einfach nicht gibt – ein Versuch, Täter zu schützen, indem man die Opfer mitschuldig macht. Von unserer Seite flog kein einziger Stein, während Linksextremisten Straßen blockierten, Beamte, Journalisten und AfD-Politiker körperlich angriffen.“

„WIDERLICHE GEWALT GEGEN POLIZISTEN“



„Geplante und vorbereitete Angriffe linksextremistischer Kraxenmacher und eine massive Hetzkampagne gegen die Polizei in den Sozialen Medien zeigt, womit wir es in Gießen zu tun haben. Diese widerliche Gewalt und Hass gegen Uniformträger muss für die Festgenommenen Konsequenzen haben“, mahnt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, **Jochen Kopelke**. Irritiert zeigt sich der Bundesvorsitzende über die Aussage des Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU). „Anstatt der Polizei für ihre professionelle Arbeit zu danken, warnt er Menschen vor unerfreulichen Fernsehbildern und Auseinandersetzungen zwischen ganz links und ganz rechts.“ Dass politische Auseinandersetzungen mit Gewalt auf der Straße stattfindet bereitet große Sorge. Dass auch immer öfter Abgeordnete der Linken Streit und Konflikte mit der Polizei provozieren und AfD-Abgeordnete in den Sozialen Medien Hass verbreiten, ist für Kopelke nicht zu tolerieren und „höchst verwerflicher Wahikampf auf Kosten der Polizei“.

EINE ESKALATION MIT ANSAGE



„Nein! Recht und Rechtsstaat werden nicht auf der Straße entschieden, auch wenn uns das linksverblendete Aktivistentum und Chaoten seit Jahrzehnten weismachen wollen“, sagt **Thomas Hering**, Fuldaer CDU-Landtagsabgeordneter im Nachgang zu den Geschehnissen in Gießen. Linke und rechte Ideologen eint – so Hering – der Tunnelblick, nur das wahrzunehmen, „was in den eigenen Kram passt“. Wenn durchaus legitimer Protest darauf abzielt, eigene Vorstellungen mit Gewalt durchzusetzen, zähle das Recht des Stärkeren. „Das fängt bei den Clown-Aktivistinnen an, die ohne körperliche Gewaltanwendung provozieren und verunsichern wollen, um das Einsatzgeschehen zu destabilisieren, begleitet durch Handyfilmer. All diese Störer und vermeintliche Weltverbesserer verschwenden keinen Gedanken an die Einsatzkräfte aus 15 Bundesländern, die wieder auf ein Wochenende mit ihrer Familie verziehen, die einfach nur ihren Job machen und als beinahe letzte Bastion des Rechtsstaats unser aller Rechte verteidigen.“

Der Vorsitzende des Vereins „Fulda stellt sich quer e. V.“ **Andreas Görke** hat sich in einem in der Fuldaer Zeitung veröffentlichten Leserbrief dahingehend geäußert, dass Aussagen zweier demokratisch gewählter Abgeordneter entweder nicht oder nur unter redaktioneller „Einordnung“ veröffentlicht werden sollten. Konkret äußerte er sich wie folgt:

DIE MEINUNG DER LESER

Unreflektierte Politikerzitate

Zur Berichterstattung über die Gründung der neuen AfD-Jugendorganisation.

Ihre Berichterstattung über die Demonstrationen in Gießen am 29. November wirft ein unangenehmes Licht auf die redaktionelle Prioritätensetzung: Statt die Anliegen der zahlreichen friedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ernsthaft zu beleuchten, geben Sie ausgerechnet jenen Politikern breiten Raum, deren Einlassungen eher zur politischen Verrohung beitragen als zur Analyse.

Herr Lamely (AfD) darf nahezu ungehindert seine abwertenden Zuschreibungen ausbreiten – obwohl Teile und Gliederungen seiner eigenen Partei vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft werden. Es grenzt an po-

litisches Kabarett, wenn jemand aus diesem Umfeld anderen Menschen Extremismus unterstellt. Die Projektion ist so offensichtlich, dass man sich fragt, weshalb Ihre Redaktion diese Aussagen ohne kritische Einordnung abdruckt. Wer ständig demokratische Institutionen delegitimiert, sollte nicht als moralischer Kompass für die Bewertung gesellschaftlichen Protests herangezogen werden.

Doch auch der Beitrag des CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Hering beeindruckt – allerdings nicht durch Sachkenntnis. Seine notorische Neigung, jede Form von Protest mithilfe der längst widerlegten Hufeisentheorie in eine bequeme Extremismusschablone zu pressen, offenbart vor allem intellektuelle Trägheit. Die Gleichsetzung völlig unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ist kein Analysewerkzeug, sondern ein rhetorisches Notpflaster, das erkennbar immer dann hervorgezogen wird, wenn Inhalte fehlen. Dass Ihre Zei-

tung diese simplifizierende Sichtweise kommentarlos stehen lässt, macht es nicht besser.

Statt politischer Schlagworte und reflexhafter Extremismus-Vergleiche hätte der Bericht dringend mehr Aufmerksamkeit für die tatsächlichen Beweggründe der Menschen verdient, die in Gießen auf die Straße gingen. Diese sorgen sich um soziale Gerechtigkeit, demokratische Kultur und den Zustand unseres Gemeinwesens – und sie tun dies friedlich, klar und innerhalb des demokratischen Rahmens. Dass dies durch unreflektierte Politikerzitate übertönt wird, ist redaktionell wie demokratisch bedenklich. Eine Zeitung, die ihrem Auftrag gerecht werden will, müsste diese Missverhältnisse benennen – und nicht reproduzieren.

Andreas Goerke
Fulda

 leserbriefe@fuldaerzeitung.de

Diese Forderung läuft auf eine Einschränkung der gleichberechtigten öffentlichen Sichtbarkeit parlamentarischer Positionen hinaus.

Ein solches Verständnis steht in einem Spannungsverhältnis zu zentralen Grundsätzen demokratischer Ordnung:

- der Freiheit des Mandats,
- der Meinungs- und Pressefreiheit,
- sowie dem Prinzip politischer Gleichwertigkeit gewählter Vertreter.

Unabhängig von der inhaltlichen Bewertung einzelner politischer Aussagen ist es nicht Aufgabe zivilgesellschaftlicher Akteure, redaktionelle Zensur oder politische Filtermechanismen gegenüber Mandatsträgern einzufordern. Erst recht darf ein Verein, der Teil eines staatlich geförderten Demokratieprogramms ist, nicht den Eindruck erwecken, demokratische Teilhabe sei an politische Übereinstimmung gebunden.

Die Prüfung dient ausdrücklich **nicht** der Sanktion abweichender Meinungen, sondern der Klärung, ob Haltung und öffentliches Auftreten der Vereinsführung mit den Förderzielen der „Partnerschaft für Demokratie“ vereinbar sind.

Gerade Programme zur Demokratieförderung müssen höchsten Maßstäben an Pluralismus, Toleranz und Offenheit genügen.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass der Verein in der laufenden Legislaturperiode wiederholt durch öffentliche Äußerungen und Positionierungen aufgefallen ist, die ein einseitiges Demokratieverständnis erkennen lassen. Eine erkennbare Weiterentwicklung oder selbstkritische Reflexion dieser Haltung ist bislang nicht ersichtlich.

Mit freundlichen Grüßen



Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -